

## Droht ein stärkeres Bildungsgefälle in Deutschland?

Bernd Huber

(Redigierter Mitschnitt des Vortrags)

Frau Rennen-Allhoff hat schon viele wichtige Einzelpunkte zu dieser Fragestellung angesprochen. Ich möchte noch versuchen, einen etwas grundsätzlicheren Zugang zu finden. Hierbei stellt sich die Frage: Droht ein stärkeres Bildungsgefälle durch die Föderalismusreform? Nun, „drohen“ ist ein negativ belegtes Wort, „Gefälle“ auch. Daran erkennen Sie die Macht von Worten, denn Sie könnten die Frage auch ganz anders formulieren: Eröffnet sich durch die Föderalismusreform möglicherweise die Chance, ein differenziertes Bildungs- und Hochschulsystem zu entwickeln? Dann klingt das Ganze auf einmal nicht mehr negativ, sondern sehr viel positiver, als etwas, das Chancen und Opportunitäten in vieler Hinsicht eröffnet und erweitert. Diese unterschiedlichen Blickwinkel und verschiedenen Formulierungen machen etwas deutlich, das nach meinem Dafürhalten ganz entscheidend ist: Hinter der Debatte und hinter vielen hochschulpolitischen Diskussionen, die wir führen, stecken im Kern unterschiedliche Vorstellungen davon, wie ein Hochschul- und ein Bildungssystem aussehen sollen.

Ich werde mich in meinen Ausführungen auf das Hochschulsystem beschränken, a fortiori könnten Sie aber ganz ähnliche Überlegungen und Argumente auch für den schulischen Bereich anführen. Im Kern diskutieren wir in Deutschland über zwei ganz unterschiedliche Modelle. Ich nenne, etwas zugespitzt, das eine das US-amerikanische Modell und das andere das europäische Modell eines Hochschulsystems. Die Unterschiede zwischen beiden Modellen kann man holzschnittartig folgendermaßen skizzieren:

Das *europäische Hochschulsystem*, oder das *europäische Modell*, ist im Kern ein egalitäres Hochschulsystem, bei dem, cum grano salis, die Ausbildungsqualität an allen Hochschulen wenigstens annähernd gleich oder ähnlich ist, sodass es letztlich für die Studierenden unerheblich ist, ob sie in Kiel oder Rostock, in München oder Freiburg studieren. Die Ausbildungsqualität ist überall dieselbe. Entscheidend für die Frage, ob sie eher in München oder eher in Rostock studieren, ist dann, ob sie lieber segeln oder lieber Ski laufen. Dieses europäische System – ich wähle hier eine zugespitzte Formulierung – führt zu einer relativ geringen regionalen und institutionellen Differenzierung. Ich denke, dieses Modell eines relativ egalitären Hochschulsystems war im Wesentlichen das, woran sich die Hochschulpolitik, bei vielen Unterschieden im Detail, in den 70er- und 80er-Jahren

orientiert hat. Man muss sehen, dass dieses System, das europäische Modell, eine ganze Reihe von Vorzügen hat. Es produziert im Schnitt eine relativ hohe Durchschnittsqualität, was die Ausbildung betrifft. Zudem ermöglicht es den Wissenschaftlern, an den unterschiedlichen Hochschulstandorten ganz ähnliche Bedingungen vorzufinden. Insoweit ist auch für sie die Frage, ob sie in Kiel oder in München Professoren sind, vor allem von der Frage bestimmt, ob sie lieber segeln oder lieber Ski laufen.

Dieses System hat aber auch Nachteile. Es ist ein Modell, das in vieler Hinsicht Wettbewerb zwischen den Hochschulen ausschließt und es schwer macht, Spitzenuniversitäten und Spitzenforschung gezielt zu fördern. Deutlich wird dies vor allem, wenn Sie die Situation in Europa betrachten: Wir haben hier – das ist der Einfluss des europäischen Modells – rund 1.000 Universitäten, die sich selbst als forschungsorientiert definieren, 1.000 Universitäten immerhin in Europa, die diese Vision haben und die zum Teil auch eine gute Ausbildungsqualität liefern. Betrachtet man aber die Weltstellung der Universitäten insgesamt, dann zeigt sich, dass von den 50 besten Universitäten der Welt nur zehn in Europa liegen und davon ein großer Teil in Großbritannien, das, wie wir wissen, sich selbst immer etwas anders definiert als der europäische Kontinent. Dieses europäische Modell hat also durchaus auch Probleme und Nachteile.

Ganz im Gegensatz dazu steht das *US-Modell*, welches auf Wettbewerb und Differenzierung sowohl in regionaler als auch in institutioneller Hinsicht setzt. Dieses System führt zu erheblichen Unterschieden und zu einer beträchtlichen Differenzierung in der Ausbildungsqualität und im Ausbildungsangebot. Beispielsweise macht es in der Stadt New York einen großen Unterschied, ob Sie an der Columbia University, an der State University of New York oder an einer der vielen anderen dortigen Universitäten studieren. Für Ihre Berufs- und Arbeitsmarktchancen ist dies ein ganz entscheidender Faktor. Auch für Wissenschaftler ist es von großer Bedeutung, an welcher Universität sie ihre Forschung und Lehre betreiben. Ich kenne das Beispiel eines Kollegen, der es nicht geschafft hat, in Harvard eine Lebenszeitstellung zu bekommen und der deswegen an eine andere Universität gehen musste. Das hat seiner persönlichen Reputation sehr geschadet, und in vieler Hinsicht hat er sich nie ganz von dieser für ihn sehr schmerzlichen Niederlage erholt. Dieses System, dieses US-Modell, hat ebenfalls sowohl Vorzüge als auch Nachteile. Die Vorzüge liegen auf der Hand: Es fördert und ermöglicht Spitzenforschung und Spitzenuniversitäten. Es führt zu einer starken institutionellen Differenzierung mit einem Kontinuum von Angeboten, was die Ausbildungsqualität betrifft. Es hat allerdings auch Nachteile. Es ist tendenziell ein System, das in seiner Gesamtqualität des Bildungsangebots nicht unbedingt so gut dasteht wie das europäische Modell. Das führt teilweise

dazu, dass man gezwungen ist, von staatlicher Seite Mindeststandards einzuführen. Beispielsweise ist in den USA im schulischen Bereich vor kurzem das sogenannte „No Child Left Behind Act“ eingeführt worden, mit dem eine Mindestqualität sichergestellt werden soll.

Viele Debatten, die wir führen, sowie die Wahrnehmung und Diskussion bestimmter politischer Positionen gehen davon aus, dass wir unterschiedliche Modelle im Hinterkopf haben: Entweder das US-Modell oder das europäische Modell. Betrachten wir die Entwicklung in Deutschland, dann würde ich sagen, bewegen wir uns aus der Zeit der 70er- und 80er-Jahre, wo wir uns im Kern am europäischen Modell orientiert haben, zunehmend in Richtung auf das US-amerikanische Modell mit einer stärkeren institutionellen Differenzierung zu. Das beginnt mit Rankings und Evaluationen, geht weiter mit der Exzellenzinitiative und – und das ist heute das Diskussionsthema – natürlich mit der Föderalismusreform, die zur institutionellen Differenzierung jetzt auch noch eine weitere, regionale Differenzierung vorantreibt. Die Frage ist: Wie will man das bewerten? Will man es positiv oder negativ beurteilen, wenn wir einen solchen Differenzierungsprozess einleiten? Ich glaube, das kann man mit Recht durchaus unterschiedlich sehen. Nur muss man die Debatte ehrlich führen und erkennen, wo die Vorzüge eines jeden Systems liegen und sich letztlich in irgendeiner Weise auch für eines der beiden Modelle entscheiden. Man kann nicht den Kuchen essen und ihn gleichzeitig behalten, sondern einem der beiden Modelle muss der Vorzug gegeben werden. Es ist unausweichlich, in Europa, in Deutschland, eine Entscheidung darüber zu treffen, wo wir unsere Prioritäten setzen wollen. Wenn wir hier wirklich ein System haben wollen, mit dem man unter den Top-50-Universitäten der Welt mitspielen kann, dann müssen wir auf ein System mit Wettbewerb, starker institutioneller Differenzierung, auch insoweit einem Gefälle in der Qualität von Ausbildung und Forschung, setzen. Ist es dagegen der Wunsch, an der Idee des europäischen Modells festzuhalten, eine relativ gleichmäßige, einheitliche und durchaus hohe Durchschnittsqualität zu realisieren, dann ist man gleichzeitig auch gezwungen hinzunehmen, dass wir eben nicht in der Lage sein werden, mit Harvard und Stanford, oder, um eine europäische Universität zu nennen, mit der ETH Zürich gleichzuziehen.

Daraus folgt, dass wir uns letztlich auch in der Bewertung der Föderalismusreform, so wie sie sich jetzt entwickelt hat, an einem dieser beiden Modelle orientieren müssen. Wenn man eher dem traditionellen europäischen Modell anhängt, erscheint die Föderalismusreform mit Gefahren verbunden, weil sie zu einer Spreizung in der Wissenschaftslandschaft führt, möglicherweise zu erheblichen regionalen Divergenzen und Unterschieden.

Will man dagegen auf ein System setzen, das Wettbewerb und in vieler Hinsicht Differenzierungen mit sich bringt, so ist die Föderalismusreform positiv zu sehen, weil sie die Kräfte föderalen Wettbewerbs für die Hochschulen freisetzt und die Möglichkeit eröffnet, eine Ausdifferenzierung des Systems zu erreichen, die es uns erlaubt, auch im Bereich der Spitzenforschung erfolgreich zu sein.

Lassen Sie mich nach diesen etwas allgemeinen, grundsätzlichen oder normativen Überlegungen noch ein paar Anmerkungen zu den aktuellen Herausforderungen im Zuge der Föderalismusreform machen. Ich möchte zunächst auf einen wichtigen Aspekt hinweisen: Die Föderalismusreform, die den Ländern in Zukunft erhebliche Gestaltungsspielräume und eigentlich weitestgehende Autonomie im Rahmen der Hochschulpolitik einräumt, wird dazu führen, dass sich jedes Land individuell überlegen muss, wie viel Geld und Ressourcen es in den Hochschulbereich stecken will. Hierbei gibt es heute schon erhebliche Unterschiede, und in Zukunft bestehen für die Länder noch mehr Möglichkeiten, sich hier zu differenzieren. Sie können beispielsweise darauf setzen, im eigenen Land Hochschulen aufzubauen, die wirklich attraktiv sind, oder umgekehrt sagen: wir sind nicht so stark daran interessiert, hervorragende Hochschulen zu betreiben, sondern setzen unsere Ausgabenprioritäten in anderen Bereichen.

Die zweite Frage, die jedes Land beantworten muss, ist die, wie es die Qualitätsdifferenzierung zwischen den Hochschulen betreiben will. Der Freistaat Bayern hat, wenn man die Ergebnisse der sogenannten Mittelstraßkommission zugrunde legt, das Modell entwickelt, zwischen sogenannten Forschungs-, Lehr- und Regeluniversitäten zu unterscheiden. Der Kommissionsbericht sieht explizit eine solche Differenzierung vor.

Eine weitere Frage, die sich im Zuge der Föderalismusreform stellen wird, ist: Wie wollen wir mit den steigenden Studierendenzahlen in Deutschland zurechtkommen? Ich denke, die meisten Hochschulen empfinden die steigenden Studentenzahlen in gewisser Weise als eine Bedrohung und als beunruhigend. Das ist, vom Standpunkt der Hochschulen aus gesehen, auch ganz berechtigt. Wenn ich meine eigene Universität anführen darf, so sind wir auf insgesamt 25.000 Studierende ausgelegt. Tatsächlich haben wir jedoch rund 45.000 Studierende. Dieser Blick aus der Perspektive der Hochschule führt allerdings zu einer sehr verzerrten Wahrnehmung. In Wirklichkeit ist der Anstieg der Studierendenzahlen für uns in Deutschland, gesellschaftlich gesehen, natürlich eine ungeheure Chance, weil er uns noch einmal, vor dem großen demografischen Knick, die Möglichkeit einräumt, eine Generation junger Leute hoch qualifiziert für den Arbeitsmarkt und für die globalisierte Wirtschaft auszubilden. Dabei haben wir sicherlich in Deutschland ohnehin das

Problem, dass an unseren Hochschulen zu wenig Studierende eingeschrieben sind, was mit der sozialen Selektivität unseres Bildungssystems zusammenhängt. Darauf will ich aber nicht im Einzelnen eingehen. Es ist klar, wenn wir diese Chance nutzen und ergreifen wollen, in den nächsten 15 Jahren noch einmal eine Generation junger Menschen optimal auszubilden, dann müssen wir natürlich überlegen, – und jedes einzelne Bundesland muss sich darüber klar werden, wie es dabei vorgehen möchte – ob und in welchem Umfang zusätzliche Ressourcen für die Hochschulen bereitgestellt werden.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Nebenbemerkung. Ich beziehe mich auf das, was heute früh in der Zeitung stand und sich auch schon seit Längerem angekündigt hat: Der Wissenschaftsrat propagiert, wie viele andere Institutionen und oft auch die Politik, eine Lehrprofessur, um so in Zukunft mit den steigenden Studierendenzahlen zurechtzukommen. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass ich persönlich bei der Lehrprofessur erhebliche Probleme sehe. Ich denke, sie ist eine Fehlkonstruktion. Es ist zwar richtig und ein berechtigtes Anliegen, den Stellenwert der Lehre an den Hochschulen zu erhöhen. Aber – und hier beziehe ich mich auf die Universitäten, weil die Situation und die Karrierewege an den Fachhochschulen teilweise anders sind – die Vorstellung, dass der Stellenwert der Lehre durch die Schaffung von Lehrprofessuren erhöht würde, deren Stelleninhaber oder -inhaberinnen sich vorrangig der Lehre widmen, verkennt die Motivationslage der Menschen, die eine wissenschaftliche Karriere anstreben. Typischerweise ist es so, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich nach ihrem Studium dafür entscheiden, an der Universität zu bleiben, zwar nicht ausschließlich, aber doch primär ein Interesse daran haben, in der Forschung tätig zu sein. Insbesondere für junge Leute, die ein bedeutsames Potential in der Forschung darstellen, ist dies ein erheblicher Motivationsfaktor. Wenn man jetzt die Idee hat, über Lehrprofessuren junge Leute in die Lehre zu schleusen, kreieren wir, glaube ich, in Deutschland ein Berufsbild, für das nicht wirklich Interesse besteht. Daher stehe ich diesem Instrument sehr skeptisch gegenüber. Hier gibt es aber durchaus Alternativen, wie z. B. die Idee des Lecturers.

Ein anderer zentraler Punkt, den ich im Zusammenhang mit der Föderalismusreform ansprechen möchte, ist das Verhältnis von Fachhochschulen und Universitäten. Auch hier wird sich jedes Land überlegen müssen, wie es die Gewichtung austariert. Wir haben, bei objektiver Betrachtung, eigentlich ein sehr merkwürdig strukturiertes Hochschulsystem, in dem 25 Prozent der Studierenden unter relativ guten Betreuungsverhältnissen an den Fachhochschulen studieren und 75 Prozent unter relativ schlechten Betreuungsbedingungen an den Universitäten. Wenn wir heute noch einmal das Hochschulsystem neu konstruieren könnten, würden wir es wahrscheinlich gerade anders herum machen und

ein Verhältnis von 75 Prozent der Studierenden an den Fachhochschulen und 25 Prozent an den Universitäten konstituieren. Insoweit zeigt sich ein Konstruktionsfehler unseres Hochschulsystems. Daher halte ich es persönlich für richtig und wichtig, wenn z.B. in Bayern angestrebt wird, den Anteil der Fachhochschulstudierenden von gegenwärtig 28 Prozent auf 40 Prozent anzuheben. Nur wird das nach meinem Dafürhalten nicht gelingen, wenn man die gegenwärtige Fächerstruktur an den Universitäten und den Fachhochschulen unverändert lässt. Es wird auch nicht genügen, wenn man ein wenig darüber philosophiert, ob man die Berufsschullehrerbildung ganz oder teilweise an die Fachhochschulen verlagert. Sondern was passieren muss, ist, dass die Fächerstruktur zwischen Fachhochschulen und Universitäten neu justiert wird. Will man das angestrebte Ziel erreichen, muss auch hier die Debatte darüber ehrlich, offen und aufgeschlossen geführt werden.

Ich komme nun zum letzten Punkt, nämlich dass wir durch die Föderalismusreform auch viele Chancen haben, weil sie natürlich den Ländern die Möglichkeit gibt, die Hochschulpolitik sehr viel stärker individuell zu gestalten. Wir neigen in Deutschland dazu, etwas ängstlich in die Zukunft zu blicken, sollten aber die Föderalismusreform – sie ist nun einmal so, wie sie ist und wird so schnell auch nicht geändert werden – wirklich als Chance begreifen und nutzen, unser Hochschulsystem insgesamt nach vorne zu bringen.

Wenn ich mir noch eine Bemerkung als Fachwissenschaftler erlauben darf: Der zweite Teil der Reform, die Reform der Finanzverfassung, ist ein Vorhaben, das seit etwa 30 Jahren in Deutschland verfolgt und in schöner Regelmäßigkeit sehr intensiv diskutiert wird. Ich bin schon sehr gespannt, wie die Debatte diesmal ausgeht.

**Anschrift des Verfassers:**

Prof. Dr. Bernd Huber  
Präsident der Ludwig-Maximilians-Universität München  
Geschwister-Scholl-Platz 1  
80539 München